

Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

RUNDBRIEF Dezember 2017



Winterstimmung auf unserem Mitgliedsbetrieb Jennerjahn in Schrepkow (Prignitz)

Diese Ausgabe: 25 Jahre Bauernbund / Stürmisches Herbsttreffen in der Prignitz / Gegensteuern gegen den Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft / Interview Digitalisierung zur Agritechnica / NABU erfindet Insektensterben und schuld sind wieder wir / Gegen Massentierhaltung und Bevormundung bäuerlicher Betriebe beim Tierschutz / Für Milchlieferverträge mit Menge, Preis und Lieferzeitraum / Mahnfeuer, Jagdrecht und gescheiterte Wolfsverordnung / Gewässerunterhaltung statt Schlechtwettergeld / Kreisgebietsreform: Und sie bewegt sich doch ...

Bauernbund Brandenburg e. V.

Interessenvertretung
der bäuerlichen Familienbetriebe
im Land Brandenburg
www.bauernbund-brandenburg.de

Präsident:

- Marco Hintze, Krielow (PM)

Vorstand:

- Thomas Kiesel, Barsikow (OPR)
- Jens Gerloff, Ganz (OPR)
- Hans-Jürgen Paulsen, Zollchow (UCK)
- Manfred Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Lutz Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Carlo Horn, Kagel (LOS)
- Christoph Schilka, Guhrow (SPN)
- Marcus Schilka, Guhrow (SPN)
- Max Kirsten, Polzen (EE)
- Reinhard Benke, Mörz (PM)
- Lutz-Uwe Kahn, Kleßen (HVL)

Geschäftsführer:

Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de

25 Jahre Bauernbund Brandenburg: Wir feiern am 19. Februar !!!

Liebe Berufskollegen,

als immer noch neuer Präsident fällt mir an diesem Jahreswechsel die Aufgabe zu, ein Jubiläum zu verkünden: Der Bauernbund wird 25 Jahre alt – und das wollen wir kräftig feiern. Im Februar 1993 schlossen sich in Rangsdorf mehrere Gruppen zusammen, um gemeinsam gegen die Benachteiligung derjenigen Landwirte zu protestieren, die aus den LPGen ausgeschieden waren und sich selbständig gemacht hatten. Erster Präsident des damaligen Deutschen Landwirte-Verbandes war Gerd Winzer, dem ersten Vorstand gehörten außerdem Hermann Garlich, Günter Dammaschke, Hans-Jörg Schütze, Ralf Wöller, Karsten Jennerjahn, Hugo Junker, Ulrich Toppel und Burkhard Heißler an. Karsten hat danach sechzehn Jahre die Geschicke des Bauernbundes geleitet und im Februar letzten Jahres habt Ihr mir diese Verantwortung übertragen.

Aus unserer kleinen, aber aktiven Protestorganisation ist mit den Jahren eine starke Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land geworden. Auch 2017 sind wir gewachsen: Der Bauernbund Brandenburg hat aktuell 451 Mitglieder, die im Durchschnitt 222 Hektar bewirtschaften. Leider sind zugleich die Aufgaben gewachsen, immer noch müssen wir uns unserer Haut wehren, wie in diesem Rundbrief wieder zu lesen. Auf unserer Hauptversammlung am 19. Februar in Schönwalde-Glien wollen wir trotzdem einmal inne halten, auf das Jubiläum anstoßen, um dann mit frischer Kraft weiterzumachen. Die schriftliche Einladung liegt anbei.

Zur Ruhe kommen können wir hoffentlich auch am Jahresende, nach diesem nassen, schwierigen Jahr, in dem manch einer seine Flächen völlig neu kennengelernt hat. Ich wünsche uns allen eine besinnliche Weihnachtszeit – die endet nämlich erst am 6. Januar – und für das neue Jahr wünsche ich uns Gesundheit, Zufriedenheit und wieder mehr Spaß auf unseren Äckern und Weiden!

Euer Marco Hintze

25 Jahre erfolgreiche Bauernhöfe: Schickt uns Eure Fotos !!!

Unsere Mitglieder Günther, Julius und Joachim Nettelbeck aus Rönnebeck in Oberhavel vor ihrem damals neuen Traktor, der inzwischen schon einige Arbeitsstunden gerissen haben dürfte – dies ist ein Foto aus unserer Bilderschau



"20 Jahre Bauernbund", die wir auf der Hauptversammlung vor fünf Jahren haben durchlaufen lassen und die in unserem Internet-Auftritt zu den am häufigsten angeklickten Seiten gehört. Der Bauernbund – das sind natürlich hier und da politische Ergebnisse, aber es sind vor allem viele erfolgreiche Bauernhöfe, mit denen wir bewiesen haben, dass unsere Betriebsstruktur nicht nur konkurrenzfähig ist, sondern überlegen. Am 19. Februar möchten wir gerne wieder Bilder zeigen und

bitten Euch deshalb, aktuelle Fotos von Euren Höfen zu schicken – Bilder, die zeigen, wer wir sind, was wir lieben und worauf wir stolz sind: vielleicht die neue Drillkombination im Einsatz, das renovierte Bauernhaus im Abendlicht, die Solaranlage über der Maschinenhalle, die Mutterkuhherde auf der Weide, die Felder aus der Vogelperspektive, der neugierige Hofnachfolger in der Mähdrescherkabine oder der fröhliche Altenteiler, wie er die Heuballen zusammenfährt. Die alten Fotos kann ich natürlich weiter verwenden, aber ich freue mich über viele, viele neue. Bitte senden im JPG-Format an meine E-Mail-Adresse jung@bauernbund-brandenburg.de. *Gruß aus Lennewitz, Reinhard Jung*

Stürmisches Herbsttreffen in der Prignitz am 29. Oktober

Xavier saß allen noch in den Knochen, das Sturmtief Herwart hat zwar nicht die selben Schäden angerichtet, aber viele waren vorsichtig geworden und so stieß das Herbsttreffen des Bauernbundes in der Prignitz diesmal nur auf mäßige Resonanz. Immerhin knapp 60 Mitglieder hatten sich aufgemacht, um die Betriebe von Jörg Jäkel in Söllenthin, Rainer Lepin in Schönhagen und Reiner Guhl in Düpow zu besichtigen. Einhellig bewundert wurde, auf welchem guten Stand die Gebäude und die Technik überall waren. Bei den Vorträgen kam zum Ausdruck, wie stark die Betriebsleiter sich in ihren Dörfern engagieren und welche positiven Auswirkungen eine starke bäuerliche Landwirtschaft für das Dorfleben hat. Zwar flaute der Sturm im Tagesverlauf ab, doch so richtig gemütlich wurde es vor allem im Dorfgemeinschaftshaus von Söllenthin, wo Jörg Jäkel zu einer Kaffeetafel geladen hatte, sowie zum Schluss im Dorfgasthof Düpow, wo der erlebnisreiche Tag bei einer zünftigen Rinderroulade und Diskussionen über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte des Bauernbundes in der Bundes- und Landespolitik ausklang. Präsident Marco Hintze bedankte sich bei allen Beteiligten und wies schonmal auf die Hauptversammlung hin, die am 19. Februar 2018 in Schönwalde-Glien stattfinden wird.

Fotos: Lothar Düpsch



Wie auch immer sich die Politik nach der Bundestagswahl sortiert, die Diskussionen um die Gestaltung der GAP nach 2020 werden Fahrt aufnehmen. Unsere Positionen haben wir im letzten Rundbrief veröffentlicht – und inzwischen allen Agrarpolitikern im Bundestag zugesandt. In einem ZDF-Beitrag zum Thema Bodenmarkt hat unser Mitglied Torsten Gerloff aus Teetz am 24. September deutlich machen können, dass die Politik umsteuern muss, um bäuerliche Betriebe zu erhalten.

Bauernbund fordert: Agrarpolitik muss Politik für den ländlichen Raum werden

Pressemitteilung vom 5. November 2017

Angesichts der Debatte um ein Heimatministerium zur Bündelung aller Aktivitäten für den ländlichen Raum hat der Bauernbund Brandenburg auf die zentrale Rolle der Landwirtschaftspolitik hingewiesen: "So lange Agrarkonzerne mit üppigen Fördermitteln subventioniert und bäuerliche Familienbetriebe mit sinnlosen Umweltauflagen schikaniert werden, brauchen wir uns über unsere Dörfer keine Illusion zu machen", sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze. Eine wesentliche Aufgabe jedes für Regionalentwicklung zuständigen Ministers sei es daher, die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken, so der 45jährige Landwirt, der in Krielow bei Werder einen Betrieb mit Ackerbau, Mutterkühen und Mastfärsen bewirtschaftet: "Viele selbständige Bauern heißt viel Privatinitiative, hohe Wertschöpfung und ein lebendiger ländlicher Raum."

Von der neuen Bundesregierung erwartet Hintze, dass sie die 2020 anstehende Fortschreibung des Europäischen Agrarhaushaltes für eine grundlegende Reform nutzt: "Fördermittel darf es künftig nur noch bis zu einer betrieblichen Obergrenze geben und nur noch für Betriebe, die sich im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden, die nicht an weiteren Betrieben beteiligt sind."

Außerdem verlangt der Bauernbund, die bisher mit der Auszahlung der Fördermittel verbundenen komplizierten Umweltvorschriften Cross-compliance und Greening durch freiwillige Agrarumweltprogramme zu ersetzen, etwa für den Biolandbau, Eiweissfutterpflanzen, Extensivgrünland oder Landschaftselemente. Hintze: "Das beste Signal für den ländlichen Raum ist ein Bekenntnis zu der ökonomisch und ökologisch leistungsfähigsten Agrarstruktur, dem bäuerlichen Familienbetrieb."

Bauernbund verlangt Gegensteuern gegen den Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft

Pressemitteilung vom 23. November 2017

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Lande, hat an die Agrarpolitiker unter den neu gewählten Bundestagsabgeordneten appelliert, wirksame Maßnahmen gegen den Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft zu ergreifen. "Fördermittel darf es künftig nur noch bis zu einer betrieblichen Obergrenze geben und nur noch für Betriebe, die sich im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden, die nicht an weiteren Betrieben beteiligt sind", forderte Bauernbund-Vorstand Manfred Wercham, Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch. Statt komplizierter und wenig wirksamer Regulierungen des Bodenmarktes sollte die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik konsequent genutzt werden, um die ostdeutschen Bauern im Wettbewerb zu stärken.

Scharf widersprach Wercham dem immer wieder von interessierten Kreisen vorgebrachten Argument, eine Obergrenze würde die ostdeutsche Landwirtschaft benachteiligen: "Traditionelle Agrargenossenschaften, die noch ortsansässigen Landwirten gehören, könnten sich nach unserem Vorschlag umstrukturieren, während die riesigen Agrarkonzerne der Investoren leer ausgehen." Und genau das sei im Interesse aller ostdeutschen Landwirte.

Eine letzte Woche veröffentlichte Studie des Thünen-Instituts hatte festgestellt, dass sich bereits rund ein Drittel der als juristische Person organisierten Agrarunternehmen Ostdeutschlands im Eigentum auswärtiger Investoren befindet: <https://www.thuenen.de/de/infothek/presse/pressemitteilungen-2017/ostdeutsche-agrarunternehmen-immer-haeufiger-im-besitz-von-ortsfremden>. "Wie lange soll diese desaströse Entwicklung noch weitergehen?", fragt Wercham.

Ich würde mir nie von meinem Smartphone sagen lassen, wann ich säen, düngen oder spritzen soll

Interview anlässlich der Agritechnica mit unserem Vorstandsmitglied Thomas Kiesel in der Stuttgarter Zeitung vom 13. November 2017



Herr Kiesel, die digitalisierte Landwirtschaft ist ein Schwerpunktthema der Messe Agritechnica. Es geht etwa um Maschinen, die nur dort düngen oder spritzen, wo es nötig ist, oder Schlepper, die autonom ackern, während der Bauer per Smartphone den Betrieb managt. Was halten Sie als praktischer Landwirt von solchen Innovationen?

Digitale Technik kann uns an vielen Stellen die Arbeit erleichtern. Aber unser Wissen und unsere Erfahrung kann sie nicht ansatzweise ersetzen. Wir sind ja ständig draußen, beobachten das Wetter und sehen, wie die Pflanzen wachsen. Auf dieser Grundlage treffen wir unsere Entscheidungen. Ich würde mir niemals von meinem Smartphone sagen lassen, wann ich säen, düngen oder spritzen soll. Das sind Dinge, die weiß ich als Landwirt selbst am besten.

Welche digitalen Hilfsmittel setzen Sie auf Ihrem Betrieb ein?

Ich habe für Schlepper und Mähdrescher ein GPS-gesteuertes Lenksystem. Das hält die Maschinen auf dem Acker exakt in der Spur, vermeidet Überlappungen und spart dadurch Sprit und Zeit. Mein Mähdrescher erfasst zudem, wie viel er wo erntet. Es gibt auch Systeme, die digital erkennen, ob bei einer Sämaschine ein Schlauch verstopft ist. Ich prüfe das bislang selber, weil die entsprechende Software noch sehr teuer ist.

Mit einer bewirtschafteten Fläche von 400 Hektar gehören Sie doch exakt zur Zielgruppe für die digitale Landwirtschaft.

Ich sehe uns als bäuerlichen Familienbetrieb. Digitale Technik geht auch auf kleineren Betrieben. Aber eben als Arbeitserleichterung. Wenn ich ein Problem habe, tausche ich mich mit meinem Angestellten darüber aus, nicht mit dem Computer. Wir finden immer eine Lösung.

Viele Experten sagen, dass die Digitalisierung weitere Ertragssteigerungen bringen wird.

Das halte ich für Unfug. Wir sind ja auf einem sehr hohen Niveau. Und schon wegen der Düngelaufgaben lässt sich das nicht unbegrenzt steigern. Daran kann auch die Digitalisierung nichts ändern. Manchmal habe ich den Eindruck, hinter dem Stichwort Landwirtschaft 4.0 verbirgt sich eine naive Technikgläubigkeit, die mit der Wirklichkeit draußen nicht viel zu tun hat.

Könnte der Anbau wenigstens umweltfreundlicher werden – wenn etwa Pflanzenschutzmittel nur noch da ausgebracht werden, wo es nötig ist, oder Unkräuter von Sensoren erkannt und mechanisch beseitigt werden?

Gerade unsere bäuerlichen Familienbetriebe, wo der Betriebsleiter mitarbeitet, düngen und spritzen bereits heute relativ exakt nach Bedarf – schon aus wirtschaftlichen Gründen.

Aber eben auf dem gesamten Acker und nicht nur auf dem Teil der Fläche, der beispielsweise von einer Pilzkrankheit befallen ist.

Ja. Das liegt daran, dass die Sensortechnik ihre Grenzen hat. Nehmen Sie zum Beispiel die Anwendung von Fungiziden gegen Getreiderost. Der hat eine sehr kurze Inkubationszeit. Man muss also reagieren, wenn die allerersten Pusteln auf den Blättern auftauchen. Ein Sensor, der der Spritze sagt, wo sie wie viel spritzen soll, würde den Befall zu spät erkennen. Als Landwirt erkenne ich die kritischen Stellen sofort – nämlich da, wo morgens der Tau länger liegen bleibt.

Wer profitiert am meisten von den neuen Technologien – die Bauern oder die Industrie?

Wenn die Produkte halten, was sie versprechen, profitieren beide Seiten. Das Hauptproblem sehe ich nicht in der digitalen Technik, sondern in der von der Industrie propagierten Vernetzung der im Betrieb eingesetzten Systeme. Dann hätten nämlich die Hersteller von Landtechnik und anderen Betriebsmitteln direkten Zugriff auf unsere Produktionsdaten – und wir wären gläserne Landwirte. Vor der Vernetzung kann ich meine Berufskollegen nur warnen.

Investitionen in die neue Technik rechnen sich erst ab einer bestimmten Betriebsgröße. Wird das das Höfesterben beschleunigen?

Das hängt davon ab, welche Bedeutung digitale Technik in der Landwirtschaft erlangt. Ich glaube, wie gesagt, dass die Vorteile überschätzt werden. Auf jeden Fall müssen wir höllisch aufpassen, dass die Politik nicht aus angeblichen Umweltgründen digitale Technik zur Voraussetzung für bestimmte landwirtschaftliche Arbeiten macht. Das würde dann in der Tat allen Bauern schaden und kleinere Betriebe zur Aufgabe zwingen.

Bauernbund: NABU erfindet Insektensterben und schuld ist wieder die Landwirtschaft

Pressemitteilung vom 19. Oktober 2017

Der Bauernbund Brandenburg hat die vom NABU aufgrund einer dubiosen Studie erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen, die Menge der Fluginsekten sei durch eine angebliche Intensivierung der Landwirtschaft in den vergangenen 25 Jahren um 75 Prozent zurückgegangen. "Die einzigen landwirtschaftlichen Kulturen, auf denen aus gutem Grund in nennenswertem Umfang Insektenbekämpfungsmittel ausgebracht werden, sind Raps und Kartoffeln, diese machen nichtmal fünf Prozent der Fläche in Deutschland aus", argumentiert Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow im Ruppiner Land: "Und in den vergangenen 25 Jahren hat hier weder in der Düngung noch beim Pflanzenschutz eine Steigerung der Intensität stattgefunden." Selbst wenn es einen dramatischen Rückgang der Insektenpopulation gäbe, was der Bauernbund bezweifelt, könne die Landwirtschaft deshalb kaum dafür verantwortlich sein.

Statt stumpfsinnig immer nur die Bauern für alles Übel verantwortlich zu machen, sollte sich der NABU verstärkt mit Umweltthemen auseinandersetzen, empfiehlt Kiesel: "Für die Insekten war es bestimmt nicht von Vorteil, dass in den vergangenen 25 Jahren fast 800.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mit Häusern und Straßen zugebaut und unzählige schöne Obst- und Gemüsegärten in englischen Rasen verwandelt wurden. Aber mit solcher Kritik würde der NABU sein eigenes Geschäftsmodell in Frage stellen, das auf Spenden von Autokonzernen und biedereren Vorstadtbürgern beruht, die damit ihr ökologisches Gewissen freikaufen."

Insektizideinsatz auf nichtmal 5 % der Fläche kann kaum für einen Insektenrückgang von 75 % verantwortlich sein.





Wir saßen nicht am Tisch, als Landesregierung und Volksinitiative gegen Massentierhaltung vor gut anderthalb Jahren ihren trostlosen Kompromiss aushandelten. Gegen Massentierhaltung ist seitdem natürlich nichts passiert. Erfolge im Widerstand gegen überdimensionierte Mastanlagen, die der Agrarstruktur schaden und die Akzeptanz für moderne Nutztierhaltung unterhöhlen, müssen

nach wie vor mühsam vor Gericht erstritten werden, die von uns geforderte Änderung des Baugesetzbuchs lässt weiter auf sich warten. Dafür gibt es in Brandenburg jetzt einen Tierschutzbeauftragten und bald auch einen Tierschutzplan. Den Sinn solcher Aktivitäten darf man mit Fug und Recht hinterfragen – verweigern konnten wir uns trotzdem nicht, und deshalb ist Viola Paulsen, Peter Kalies, Christoph Schulz und Christian Schulze ganz herzlich dafür zu danken, dass sie den Bauernbund das ganze Jahr über in den Arbeitsgruppen für Rinder, Schweine, Geflügel, Umweltwirkung und Antibiotikaeinsatz vertreten, konstruktiv und praxisbezogen argumentiert und damit wahrscheinlich das Schlimmste verhindert haben. Nach dem letzten Stand, der uns vorliegt, wird dieser Plan unseren Betrieben nicht schaden ... und damit hätten wir schon viel erreicht.

Bauernbund unterstützt den Tierschutzplan, wenn die Rahmenbedingungen stimmen

Pressemitteilung vom 30. November 2017

Der Bauernbund Brandenburg hat die grundsätzliche Einigung über einen Tierschutzplan im Land Brandenburg begrüßt. "Wir haben intensiv in den Arbeitsgruppen mitdiskutiert und um Kompromisse gerungen", sagte Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen, Milchbauer aus Zollchow in der Uckermark, anlässlich der heutigen Abschlussveranstaltung in Groß Kreutz. Der Bauernbund werde den genauen Wortlaut des Planes, der erst Anfang 2018 vorliegen soll, sorgfältig prüfen, sei aber optimistisch, dass es im Lande zu einem breiten Bündnis für mehr Tierschutz kommt, so der 53jährige Landwirt: "Wenn Rahmenbedingungen definiert werden, die ökonomisch tragfähig sind und unsere bäuerlichen Familienbetriebe nicht im Wettbewerb benachteiligen, werden wir das natürlich unterstützen."

Bedauern äußerte Paulsen allerdings darüber, dass bei der Erstellung des Tierschutzplanes alle Bemühungen des Bauernbundes abgeblockt wurden, bestehende tiergerechte Haltungssysteme gegen Gefahren zu verteidigen: "Wenn Naturschutzbürokraten durch ungebremste Ausbreitung des Wolfes unsere Weidetiere in Angst und Schrecken versetzen und Veterinärbürokraten durch alljährliche Verhängung der Stallpflicht das Freilandgeflügel in dunkle Verließe sperren, hat das auch etwas mit Tierschutz zu tun." Hier könnte das Land direkt gegensteuern, offenbar fehle den selbsternannten Tierschützern aber die enge Verbundenheit zum Tier, wie sie für Landwirte selbstverständlich ist.

Bauernbund begrüßt Urteil gegen Großmastanlage Haßleben

Pressemitteilung vom 17. Oktober 2017

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat die Aufhebung der Genehmigung für die 40.000-Mastschweine-Anlage in Haßleben durch das Verwaltungsgericht Potsdam begrüßt und die Landesregierung aufgefordert, Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen. "Wir brauchen eine Initiative zur Änderung des Baugesetzbuches, die den Bau überdimensionierter Anlagen im Außenbereich erschwert", sagte Bauernbund-Vorstand Reinhard Benke, Landwirt aus Mörz im Landkreis Potsdam-Mittelmark. "Und wir brauchen endlich positive Signale für die bäuerlichen Tierhalter, dass moderne Tierproduktion in vernünftigen Größenordnungen politisch gewollt ist."

Aus dem vor anderthalb Jahren ausgehandelten Kompromiss zum Volksbegehren gegen Massentierhaltung würden bislang nur Vereinbarungen bearbeitet, die unter dem Deckmantel des Tierwohls für kleine Bauern zusätzliche Bürokratie und Kosten bedeuten, kritisiert Benke. Die Vereinbarung, über den Bundesrat eine Änderung des Baugesetzbuches zu erwirken, aufgrund derer Großmastanlagen verhindert werden können, sei dagegen noch nicht umgesetzt worden.

Für Milchlieferverträge mit Menge, Preis und Lieferzeitraum

Wenn die Milch auf den Höfen abgeholt wird, weiß bis heute kein Erzeuger, welchen Preis ihm die Meierei dafür bezahlen wird. Diesen Missstand bekämpft der Bauernbund seit langem und hat die Neuwahl des Bundestages zum Anlass genommen, Abgeordnete verschiedener Parteien noch einmal auf den Reformbedarf der Lieferbeziehungen zwischen Meiereien und Erzeugern hinzuweisen. Hintergrund sind auch aktuelle Überlegungen im Rahmen der Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Parlament und Ministerrat, wonach bisherige Befreiungen für Meiereinossenschaften in der EU-Marktordnung auf den Prüfstand kommen sollen. Unsere Argumente für die Bundestagsabgeordneten im einzelnen:



"Die wichtigste Lehre aus der Milchkrise 2015/16 ist unseres Erachtens, dass die Politik den Verwerfungen auf dem Milchmarkt nicht mit immer neuen teuren Hilfsprogrammen oder gar mit einem dirigistischen System der Mengensteuerung begegnen sollte, sondern dass die Problemlösung im Gegenteil darin liegt, durch Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen ein Funktionieren des Marktes und im Ergebnis ein Marktgleichgewicht zu ermöglichen. Haupthindernis dabei sind zur Zeit die durch europäisches Recht abgesicherten Milchlieferverträge, die den Erzeuger sehr eng und langfristig mit der kompletten Milchmenge an eine Meierei binden – und das, ohne dass vorher ein Preis vereinbart wäre. Ein Wettbewerb um den Rohstoff Milch findet praktisch nicht statt. Leidtragende sind die Milcherzeuger am Ende der Wertschöpfungskette, die immer nur das bekommen, was übrig bleibt. Erfreulicherweise gibt es aktuell Hinweise darauf, dass auf europäischer Ebene eine Änderung geplant ist, die wiederum Deutschland die verbindliche Festlegung von Mindeststandards für Milchlieferverträge erlauben würde. Um so wichtiger wäre es jedoch, genau das auch explizit in das Programm einer neuen Bundesregierung zu schreiben. Denn ganz sicher wird es wieder Versuche von Milchindustrieverband, Genossenschaftsverband und eventuell auch von Teilen des Bauernverbandes geben, eine marktwirtschaftliche Lösung zu unterlaufen. Der Beschluss, in Deutschland flächendeckend Milchlieferverträge mit Menge, Preis und Lieferzeitraum durchzusetzen, würde die künftige Bundesregierung verpflichten, auf europäischer Ebene Druck zu machen und national konsequent zu handeln."



Niemand soll sagen können, wir hätten nicht alles versucht. Nach unseren Wolfswachen im März diesen Jahres und dem turbulenten Wolfsforum, in dessen Verlauf das Ministerium seine Planungen für die Fortschreibung des Wolfsmanagementplanes zu den Akten legen musste, haben wir uns bewusst zurückgehalten, um der Landesregierung die Möglichkeit einer Kurskorrektur ohne Gesichtsverlust zu geben. Ich habe inzwischen in unzähligen Gesprächen unsere Argumente dargelegt und auf die Verantwortung des Landes für die Gefahrenabwehr hingewiesen. Im Gegensatz zur Anpassung des Schutzstatus, wo wir vom Entgegenkommen der Naturschutzbürokraten in Berlin und Brüssel abhängig sind, kann die Landesregierung über die Gefahrenabwehr in

eigener Verantwortung angemessene Notwehr- und Nothilfemaßnahmen gegen den Wolf definieren und in Kraft setzen. Den ersten Entwurf für eine solche Wolfsverordnung vom Ende Juni haben wir konstruktiv kritisiert und immer noch gehofft, unsere Hinweise und Gedanken würden ernst genommen. Statt offensiv in die Medien zu gehen, haben wir im wesentlichen reagiert, selbst als die sogenannten Naturschutzverbände mit Oberschäfer Kucznik im August versuchten, der Öffentlichkeit die "heile Welt des Herdenschutzes" vorzugaukeln. Alle diese Bemühungen waren offensichtlich umsonst. Noch im Dezember will das Ministerium nun eine Wolfsverordnung erlassen, die genau so wirksam ist wie die Biberverordnung, nämlich gar nicht. Unser Geschäftsführer hat das in seinem letzten Appell an die Staatssekretärin (bitte umblättern) schön formuliert: Nach diesem Entwurf wird in Brandenburg nie ein Wolf geschossen, der Weidetiere bedroht. Damit ist, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, unsere bisherige Strategie gescheitert. Vielleicht haben wir auch die Macht der Wildnis-Ideologen in diesem Land unterschätzt. Aufgeben kommt trotzdem nicht in Frage, was wollen wir denn auf unserem Grünland machen, wenn nicht Tiere halten. Im neuen Jahr müssen wir kämpfen, und zwar richtig. Frank Michelchen, Wolfsbeauftragter des Bauernbundes Brandenburg

Landesbauernverband und Bauernbund gemeinsam mit Mahnfeuern: Wir haben das Recht, unsere Tiere gegen Wolfsangriffe zu verteidigen

Pressemitteilung vom 12. September 2017

Anlässlich der europaweiten Mahnfeuer gegen die unkontrollierte Ausbreitung der Wölfe veranstalten Landesbauernverband und Bauernbund Brandenburg am 15. September gemeinsam Wolfswachen bei den Weidetieren ihrer Wolfsbeauftragten. „Wir wollen damit demonstrieren, dass der gesamte Berufsstand solidarisch hinter den Weidetierhaltern steht. Die bereits seit längerem angekündigte Wolfsverordnung muss zügig verabschiedet werden. Es muss künftig auch möglich sein, Wölfe zu erschießen, wenn sie unsere Tiere angreifen“, sagten Henrik Wendorff, Präsident des Landesbauernverbandes, und Marco Hintze, Präsident des Bauernbundes. Dass hier so unterschiedliche Berufsorganisationen in dieser Sache eng zusammenarbeiten, zeige, dass es in der Landwirtschaft dazu keine zwei Meinungen gebe: „Wir haben das Recht und die moralische Pflicht, unsere wehrlosen Tiere gegen Wolfsangriffe zu verteidigen.“

Jens Schreinicke, Wolfsbeauftragter des Landesbauernverbandes, hält in Stücken, Gemeinde Michendorf, 100 Mutterkühe der Rassen Charolais und Fleckvieh und vermarktet Qualitätsfleisch. Die Wolfswache beginnt um 19 Uhr bei seiner Herde hinter dem Gasthof Landhaus zu Stücken. Schreinicke: „Der bedingungslose Schutz für den Wolf schadet der Natur. Wenn immer mehr Betriebe die Weidehaltung einstellen und das Grünland nur noch gemäht wird, bedeutet das das Ende für zahlreiche wertvolle Biotope.“

Frank Michelchen, Wolfsbeauftragter des Bauernbundes, hält in Leibsch, Gemeinde Unterspreewald, 50 Mutterkühe der seltenen Rasse Gelbvieh wirtschaftet nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus. Die Wolfswache beginnt um 19 Uhr bei seiner Herde am Ortsausgang Richtung Märkisch Buchholz. Michelchen: „Wir Bauern stehen stellvertretend für die Landbevölkerung. Wir haben es satt, uns vom grünen Tisch vorschreiben zu lassen, wie wir auf dem Lande leben sollen.“

Landesweit finden zur selben Zeit noch weitere Wolfswachen statt, unter anderem bei Schäfermeister Wilfried Vogel in Libbenchen bei Seelow und bei Schäfermeister Marc Mennle in Birkholz bei Perleberg.

Bauernbund fordert Aufnahme von Biber und Wolf ins Jagdrecht

Pressemitteilung vom 25. September 2017

In einer Stellungnahme zur anstehenden Neufassung der Brandenburgischen Jagddurchführungsverordnung hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, die Aufnahme von Biber und Wolf in die Liste der jagdbaren Tiere gefordert. "Auch wenn eine solche Aufnahme vorerst noch unter dem Vorbehalt des strengen europäischen Schutzes für beide Arten steht, schafft sie Rechtssicherheit für unsere Jäger und bereitet die von der Landesregierung angestrebte Anpassung des Schutzstatus vor", sagte Bauernbund-Vorstand Marcus Schilka, Biobauer aus Guhrow im Spreewald.

Nachdem die Landesregierung im Frühjahr aufgrund der massenhaften Verbreitung von Biber und Wolf in Brandenburg erste Schritte eingeleitet hat, um den strengen Schutz für beide Tiere auf europäischer Ebene zu lockern, sei die Aufnahme ins Jagdrecht eine Frage der Glaubwürdigkeit, so Schilka: "Sollte die Landesregierung mit ihrer Initiative Erfolg haben, was wir sehr wünschen, müssten sie ohnehin ins Jagdrecht. Eine erneute Neufassung der Jagddurchführungsverordnung nach Lockerung des Schutzes würde zu Verzögerungen führen, die angesichts der durch Biber und Wolf angerichteten Schäden unverantwortlich seien, argumentiert der Bauernbund.

Wenn wir es nicht schaffen, Biber und Wolf radikal zu dezimieren, werden aus unseren schönen Gründlandniederungen trostlose Sumpflandschaften, die neuen Herren sind dann die Ranger von Biosphäre und NABU – und unser Rindfleisch kommt aus den unendlichen Weiten der argentinischen Pampa ...



Nach diesem Entwurf wird in Brandenburg nie ein Wolf geschossen, der Weidetiere bedroht

Stellungnahme von Geschäftsführer Reinhard Jung zum Entwurf einer Wolfsverordnung an die Staatssekretärin für Landwirtschaft und Umwelt vom 27. November 2017

Sehr geehrte Frau Dr. Schilde,

im März hatten Sie uns versprochen, es werde bis Ende des Jahres eine Wolfsverordnung geben, nach der Problemwölfe, die unsere Weidetiere bedrohen, unbürokratisch entnommen werden können. Der uns jetzt vorliegende Entwurf aus Ihrem Hause wird diesem Anspruch nicht ansatzweise gerecht. Unsere ausführliche Stellungnahme zum ersten Entwurf vom 30. Mai 2017 blieb komplett unberücksichtigt. Auf der Basis des vorliegenden Entwurfs wird in Brandenburg nie ein Wolf geschossen werden, der Weidetiere bedroht, insofern brauchen wir darüber auch nicht weiter zu reden.

Ich möchte Ihnen deshalb noch einmal zusammengefasst skizzieren, wie wir uns eine Brandenburgische Wolfsverordnung vorstellen, die dem strengen Naturschutz für den Wolf und der ökonomischen und ökologischen Bedeutung der Weidetierhaltung im Lande gleichermaßen gerecht wird: Im Ministerium wird eine Stabstelle eingerichtet. Diese fragt bei den zuständigen Landesbehörden routinemäßig ab, ob für die Weidetierhalter zusätzliche Herdenschutzmaßnahmen wirtschaftlich zumutbar sind (LELF), ob es irgendwo auf der Welt nachhaltig erfolgreiche Beispiele für die Vergrämung von Wölfen gegenüber Weidetieren gibt (LfU) und ob von irgendwo aus der Welt Anfragen bezüglich der Übernahme lebend gefangener Wölfe vorliegen (LfU). Wie Sie wissen, ist alles dies nicht der Fall. Bei der Meldung eines Nutztierrißes kann die Stabstelle also innerhalb von 12 Stunden ihre Haken setzen und die örtlichen Jagd ausübungs berechtigten damit beauftragen, in den folgenden 12 Monaten jeden Wolf zu erschießen, der sich in dem betroffenen Wolfsrevier einer Nutztierweide auf 1000 Meter nähert. Der kommt dann nämlich nicht zum Kuscheln. Über die Zahl der Stunden, Monate und Meter könnten wir sicher verhandeln, nicht aber über das Prinzip. Eine Wolfsverordnung, die zugleich rechtssicher und wirksam sein soll, funktioniert nur so.

Rechtssicher heißt nicht, dass eine solche Wolfsverordnung nicht beklagt würde. Die kompromisslosen Wildnis-Ideologen von NABU, BUND und WWF werden ohnehin alles rechtlich angreifen, was die Möglichkeit eines Abschusses beinhaltet. Indem der Entwurf diese Möglichkeit weitgehend ausschließt, ist er natürlich besonders rechtssicher, aber um den Preis seiner Wirkungslosigkeit. Der bedrohte bzw. geschädigte Nutztierhalter bleibt dem Gutdünken einer selbstherrlichen Naturschutzverwaltung ausgeliefert, die von Fall zu Fall in einem langwierigen und komplizierten Abwägungsprozess darüber befindet, ob unterschiedliche Wölfe zweimal oder derselbe Wolf einmal in unterschiedliche Weidetierbestände eingedrungen ist und oder nicht und ob vielleicht doch über die auch bisher schon untauglichen Mindeststandards hinaus zusätzliche Herdenschutzmaßnahmen zumutbar, neuartige Vergrämuungsmaßnahmen anwendbar oder sonstige naturschutzfachliche Argumente zu berücksichtigen sind. Sie kennen Ihr Haus und wissen genau, wie dieser Abwägungsprozess ausgehen wird. Und sollte es dieser Naturschutzverwaltung irgendwann einmal gefallen, die Wirksamkeit der Verordnung unter Beweis zu stellen und einen Abschussauftrag zu erteilen, dann wird der anonyme Wolfsjäger unter großem Medieninteresse und in enger Abstimmung mit Herrn Piela und Frau Pellegrini auf Jagd gehen und er wird Isegrimm, dumm gelaufen, einfach nicht erwischen. Derweil werden dieselben Leute, die kein Problem damit haben, dass unsere neu geborenen Kälber bei lebendigem Leib aufgefressen werden, eine große Debatte darüber entfachen, wie man das edle Tier, so man es denn vor der Flinte hat, im Sinne der Verordnung "tierschutzgerecht" tötet.

Sehr geehrte Frau Dr. Schilde, wer diese Wolfsverordnung geschrieben hat, hat nichts verstanden. Wir haben noch Zeit bis zum 31. Dezember. Alle Argumente liegen seit langem auf dem Tisch. Ich bitte Sie herzlich, diese Chance zu nutzen, und biete Ihnen erneut unsere konstruktive Zusammenarbeit an. Mit freundlichen Grüßen Reinhard Jung

OmniCult® Schwefel-Linsen®

Bekannt von: www.schwarzwildschaden.de

**Schwefel-Linsen® her -
Keine Wildschweine
mehr!**



Auch für Biobetriebe geeignet!

OmniCult® Schwefel-Linsen® versorgen landwirtschaftliche Kulturen über die gesamte Vegetation bedarfsgerecht mit Schwefel.

Im Jahr 2017 haben deutschlandweit über 100 angelegte Referenzflächen bestätigt, was Landwirte seit Jahren beobachten: Mit OmniCult® Schwefel-Linsen® behandelte Flächen (z. B. Mais, Grünland, Raps und Getreide) werden von Schwarzwild gemieden, da die Wildschweine diese Flächen als „nicht für die Nahrungsaufnahme geeignet“ wahrnehmen.

**Rufen Sie uns an: 06431 - 28 07 560
www.schwefel-linsen.de**

OmniCult FarmConcept GmbH | Wiesletstraße 1 | 65549 Limburg
T: (+49) 06431 28 07 560 | F: (+49) 06431 28 07 561
E: info@omnicult.net | www.omnicult.net



Bauernbund: Gewässerunterhaltung statt Schlechtwettergeld

Pressemitteilung vom 1. Oktober 2017

Nach einer in fast allen Regionen sehr guten Maisernte hat der Bauernbund Brandenburg am heutigen Erntedanktag seine Kritik an den von der Landesregierung geplanten Hilfen für witterungsgeschädigte Betriebe bekräftigt. "Wir wirtschaften unter freiem Himmel und müssen mit dem Wetter klarkommen", sagte Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, Landwirt aus Teetz in der Ostprignitz: "Diese Ernte war für sehr viele Betriebe nicht einfach, aber wenn nur einige Betriebe Geld erhalten, sehen wir das als Wettbewerbsverzerrung." Für die vom Starkregen besonders betroffenen Bauern im Rhin-Havel-Luch wäre das veranschlagte Geld deutlich sinnvoller angelegt, wenn das Land den auf weite Strecken zugewachsenen Kleinen Havelländischen Hauptkanal gründlich räumen würde, damit er wieder größere Wassermengen abführen kann, ist Gerloff überzeugt. Generell befürchtet der Bauernbund, dass das Image der Landwirtschaft unter immer neuen Hilfsprogrammen leiden könnte. Gerloff: "Durch die Direktzahlungen pro Hektar haben wir bereits eine Basis-Absicherung, und ansonsten gilt: Die vier Feinde der Landwirtschaft sind nicht Frühling, Sommer, Herbst und Winter, sondern Globalisierung, Monopole, Bürokratie und Steuern."

Bei Hofübergabe rechtzeitig an die Altenteilerwohnung denken

Zur Weihnachtszeit wird in unseren Familien über das abgelaufene Jahr gesprochen und über die Zukunft nachgedacht. Der Generationswechsel ist in vollem Gange. Ein aktuelles Urteil des Oberlandesgerichts Naumburg zeigt, dass bei der Hofübergabe die Frage der Altenteilerwohnung nicht unterschätzt werden sollte. Häufig zieht die junge Generation in die Wohnung der Eltern ein und die Altenteiler behalten Wohnrecht in einer kleineren Wohnung auf dem Hof. In vielen Hofübergabeverträgen ist vereinbart, dass die Kosten des Altenteils (Heizung, Strom, Wasser, Abwasser, Müllabfuhr, Pflege und Reparaturen) vom Hofnachfolger übernommen werden. Das kann aber auch zu Spannungen führen. In dem vorliegenden Fall mussten die Altenteiler feststellen, dass ihre Kinder die verbrauchsabhängigen Kosten trotz Verpflichtung im Hofübergabevertrag nicht beglichen. Der Energieversorger drohte mit Einstellung der Versorgung. Daraufhin forderten die Eltern eine Rückgängigmachung der Hofübergabe. Das Gericht hat grundsätzlich ausgeführt, dass die Kläger keine hinreichende Aussicht auf Erfolg mit ihrer Klage auf Rückabwicklung haben werden. Die von den Kindern verletzte Pflicht zur Zahlung der Nebenkosten stellt keine Hauptpflicht im Rahmen des Vertrages dar. Die Eltern könnten die geschuldeten Nebenkosten einklagen. Es ist davon auszugehen, dass die Kinder über entsprechende Einnahmen verfügen. Fazit: Bei jeder Hofübergabe sollte überlegt werden, ob der abgebende Teil nicht besser rechtzeitig für ein eigenes Haus bzw. für eine eigene Wohnung Vorsorge trifft und diese nicht abgibt. So bleibt man unabhängig von manchen Problemen und Spannungen, die sich innerhalb der hoffentlich folgenden Jahrzehnte – bei der heutigen Lebenserwartung – ergeben können.

Dr. Christoph von Katte, Landwirt + Rechtsanwalt, Telefon 0152-59559651, cvkatte@gmail.com

Kreisgebietsreform: Und sie bewegt sich doch ...

Wer hätte das gedacht, als sich vor dreieinhalb Jahren bei einem Pressetermin mit dem Bauernbund erstmals Spitzenpolitiker der CDU grundsätzlich gegen die Kreisgebietsreform aussprachen? Unser Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Gordon Hoffmann und dem Prignitzer Landrats-Kandidaten Andreas Giske vom 17. März 2014 markiert jedenfalls den Beginn eines immer stärker werdenden Widerstandes gegen das unsinnige Projekt der Landesregierung, das viele ländliche Kreisstädte deutlich geschwächt hätte. Nun ist die Kreisgebietsreform grandios gescheitert. Das wäre doch ein guter Vorsatz für das Jahr 2018: Dass unsere Politiker öfter und früher auf den Bauernbund hören!

Ihr Partner auf dem Weg zu einer erfolgreichen Rübenproduktion



Gezielt optimieren

- Höhere Flexibilität
- Mehr Sicherheit
- Geringere Kosten

Unsere Werkzeuge – Ihre Sicherheit auf Ertrag und Qualität



Pflanzenbezeichnungen sind eingetragene Marken. Vor Verwendung stets Etikett und Produktinformationen lesen.
 Bitte beachten Sie die Gebrauchsanleitung.



UPL Deutschland GmbH • Kölnstraße 107 • 50321 Brühl

Telefon: +49 (0) 2232 569341-0 • UPGmbH@uniphos.com • www.upldeutschland.de

Hilft bei
Extremniederschlägen.



ALZON[®] neo-N

Der Allwetterdünger



Jetzt ansehen!

www.alzon-neo-N.de/#wirkprinzip
+49 (0) 3491 68-3000

www.skwp.de

www.duengerfuchs.de

skw.
PIESTERITZ
Chemie für die Zukunft.

SKW Stickstoffwerke
Piesteritz GmbH
Möllensdorfer Str. 13
06886 Lutherstadt Wittenberg



Ihr Berater:
Dr. Maximilian Severin
0151/19568103
Maximilian.Severin@skwp.de

Besuchen Sie uns:



Der Düngerfuchs
gibt auf dieser Seite
noch mehr Tipps